

Pulsnitzer Tageblatt

Kernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rüch-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeitzeile (Wieses'sche Zeilenmaße 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen
gelangt der volle Werbungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäuten des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Breinig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlitzsch, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nitzberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 301

Dienstag, den 28. Dezember 1926

78. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Das im Grundbuche für Breinig, Blatt 34, auf den Namen des Lederwarenfabrikan-
ten Paul Martin Schölzel in Breinig eingetragene Grundstück soll

am 25. Februar 1927, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 57 Nr. groß trägt die Nummer 291 des Flur-
buchs für Breinig und die Ortskassennummer 78 in Breinig, besteht aus Gebäude, Hofraum und
Garten und ist zur Landesbrandversicherung auf 15 600 RM und vom Sachverständigen auf
19 572, 50 RM geschätzt worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück
betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Recht auf Festlegung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung
des am 24. November 1926 veranlassenden Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich
waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten
anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die
Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Versteigerung
des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt
werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des
Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigen-
falls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Pulsnitz, am 25. Dezember 1926.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 418, die Firma E. Frig Schieblisch
in Pulsnitz N. S. betreffend, eingetragen worden:

Der Handelsniederlassung ist nach Pulsnitz verlegt worden.

Der Kaufmann Albert Kurt Frig Schieblisch ist ausgeschieden.

Maria Martha Albert Schieblisch geb. Schneider in Pulsnitz ist Inhaberin.

Der Gegenstand des Unternehmens besteht jetzt in der Herstellung und Veräuße-
rung von Bändern.

Amtsgericht Pulsnitz, am 14. Dezember 1926.

Die Heberolle der Sächsischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft auf das Jahr
1926 liegt für die Beteiligten

vom 28. Dezember 1926 bis 10. Januar 1927

in unserm Stadtkassenamt zur Einsicht aus.

Pulsnitz, den 24. Dezember 1926.

Der Stadtrat.

Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Tageblatt“ von denkbar bestem Erfolge.

Das Wichtigste

Die Beamtenorganisationen haben nach den Morgenblättern beschlossen
keine Zusammenkunft des Reichstages darauf hinzuwirken, daß die
vor Weihnachten gezahlte einmalige Beihilfe bis zur Regelung der
Beamtenbeschäftigung weiter gezahlt werde.

Zwischen der deutschen Regierung und dem Generalagenten für Repa-
rationszahlungen sind, wie der Generalagent in seinem Bericht an
die Reparations-Kommission mitteilt, Vereinbarungen über die Ver-
teilung der dritten Jahresrate getroffen worden, die einen für die
deutsche Wirtschaft erträglichen Zahlungs- und Zahlungsmodus
sichern.

Auf Schloß Babin im Kreise Ramin, das dem Vorjahren der pom-
merischen Landwirtschaftskammer Rittersgutsbesitzer von Flemming
gehört, brach am Montagabend Großfeuer aus. Außer den Feuer-
wehren aus den umliegenden Dörfern rückten auch die Feuerwehren
aus Ramin und Wolin zur Brandstätte aus.

Am gestrigen Abend wurde gegen die Wohnung einer deutschen Familie
in Giesebald bei Kattowitz, die gerade ein Weihnachtsfest feierte,
eine Bombe geschleudert. Die Explosion war so stark, daß sämtliche
Scheiben zertrümmert und die Inneneinrichtung der Wohnung
demoliert wurde.

In Bielitz bei Gleiwitz wurde eine große Maschinenfabrik, die etwa
800 Arbeiter beschäftigt, durch Großfeuer fast völlig vernichtet.
Zwei Feuerwehrentente erlitten schwere Verletzungen. Der Schaden
geht in die Millionen. Circa 400 Arbeiter werden arbeitslos.

Wie das Berliner Morgenblatt aus Moskau meldet, sollen die
Verhandlungen zwischen der russischen Regierung einerseits und der
U. S. S. R. und der Siemens-San-Union andererseits über den Bau
der Moskauer Untergrundbahn zu einer prinzipiellen Einigung ge-
führt haben.

Die Morgenblätter melden aus Oslo: Der deutsche Erzähler Knise
Schulze aus Emden ist an der Mündung des Drontheim-Fjordes
gestrandet. Die 42 Mann starke Besatzung konnte gerettet werden.
Das 10 000 Tonnen große Schiff ist dem Untergang preisgegeben.
Nach Meldungen aus Montevideo hat die Garnison von San Pedro
gemeinert und mit den Aufständischen von Uruguay gemeinsame Sache
gemacht. Regierungstruppen marschieren gegen Banda Verde,
wo sich mehrere tausend Rebellen aller öffentlichen Gebäude bemäch-
tigt haben.

In der Stadt Zolowowa in Wolynien in der Nähe von Kowno ist
während der Christmesse in der dortigen Orthodoxen-Kirche die Decke
eingestürzt. Mehrere Personen wurden unter den Trümmern be-
graben. Bis jetzt wurden zwei Leichen und 10 Verletzte geborgen.

Deutsche Sprache — deutsche Schrift!

Ein Wahrwort von Max Grohnert.

Sprache dient zur Verständigung. Sie ist dem Menschen
allein vor allen anderen Geschöpfen auf Erden von der All-
macht verliehen. Die Verschiedenheit der Sprachen, auch nach
dem Grade ihres Reichtums an Ausdrucksformen, ist abhängig
von den Bedingungen, unter denen sich die menschlichen Ge-
meinschaften als Volksstämme, vereinzelt oder zusammen-
gedrängt, beeinflussen durch Landschaft und Witterung, in Frei-
heit oder Knechtschaft, geistig entwickelten. Jedes lebens-
kräftige Volk ist stolz auf seine ihm eigentümliche Sprache;
es wahrt und pflegt sie als einen unveräußerlichen Bestandteil
seiner selbst. Die Sprache ist der untrügliche Spiegel seiner
Besensart. Beide stehen in Wechselbeziehung. Würden
unsere ehemaligen Feinde in den „eroberten“, viele Jahr-
hunderte hindurch deutschen Gebieten die deutsche Sprache
in Schule, Kirche, Gericht und Verwaltung verboten, wenn
sie nicht hofften, dadurch das Deutschtum zu vernichten!

Die verhängnisvollen Folgen des Dawesplanes

Gefahr für die Wirtschaft aller Staaten

Handwerk und Finanzausgleich — Ungarn soll wieder Königreich werden

4 New York. Im Dezemberbericht der New-Yorker
Handelskammer erklärt u. a. der ehemalige Präsident der
Kammer, Duterbridge, daß die Anforderungen, die die
Schuldenstilgungsabkommen und der Dawesplan an die
Wörter Europas stellen, so enorm seien, daß sie jahrzehnte-
lang das Lebenshaltungsniveau herabdrücken müßten.

Duterbridge prophezeit eine ungesunde Anfrischung des
Wettbewerbs, worunter die Vereinigten Staaten am meisten
zu leiden haben würden. Duterbridge, der selbst Kaufmann
und Fabrikant ist, befürwortet eine

Revison der Schuldenabkommen

aus wirtschaftlichen Gründen.

Er erwartet eine Geschäftsdepression in den Vereinigten
Staaten, falls die amerikanische Regierung auf Verbehalten
des jetzigen Tilgungssystems bestünde. Von 1929 an ver-
pflichtet der Dawesplan Deutschland zu einer Jahres-
zahlung von 625 Millionen Dollar. Diese Summe
stehe bei fünfmonatiger Gewinnberechnung den Arbeits-
ertrag von 830 000 Arbeitern dar und zwänge Deutschland,
jährlich für mindestens 125 Millionen Dollar Erzeugnisse
zu verkaufen. Da diese Zahlungen nicht in Gold geleistet
werden könnten und da angesichts des jetzigen schlechten
Standes der Wärlten der größte Teil dieser Erzeugnisse
außerhalb der eigenen Grenzen abgesetzt werden müßte, seien
zwei Dinge offensichtlich: erstens, daß

der Lebenshaltungsstandard auf Jahre hinaus
nicht gebessert

werden könnte, ein Zustand, der auf unbestimmte Zeit die
Kaufkraft der Kunden der Vereinigten Staaten ersichtlich be-
einträchtigen würde; zweitens, daß in der ganzen
Welt ein gewaltiger Konkurrenzkampf ein-
setzen werde, wobei trotz aller Zollschranken vornehmlich die
amerikanischen Märkte gesucht werden dürften, die den
größten Teil der fremden Erzeugnisse aufzunehmen hätten.
Von einem solchen Andrang fremder Waren befürchtet Duter-
bridge verhängnisvolle Folgen für Handel
und Industrie der Vereinigten Staaten,
deren Erzeugungsfähigkeit die einheimische Konsumfähigkeit
langst weit überschritten habe, und die genötigt sei, fremde
Märkte zu suchen. Unter solcher Konkurrenz werde es den
Vereinigten Staaten unmöglich, hohe Löhne und den hohen
Lebensstandard aufrecht zu erhalten. Schließlich werde sich
ein allgemeines Verlangen nach einer Revi-
sion der Tilgungsabkommen als der Wurzel des Übels
geltend machen.

Handwerk und Finanzausgleich.

Der gemeinsame Steuerausgleich des Reichsverbandes
des Deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks-
und Gewerbevereins nahm kürzlich zur Frage des Finanz-
ausgleichs Stellung und faßte seine Forderungen in einer
Erklärung zusammen, in der es u. a. heißt:

„Der gemeinsame Steuerausgleich erklärt wiederholt, daß
die steuerliche Gesamtbelastung ein Ausmaß erreicht hat, das
zu der wirklichen Rentabilität der Handwerkswirtschaft in
keinem Verhältnis mehr steht. Er stellt fest, daß der Steuer-
druck unverändert geblieben ist, da die vorgenommenen Er-
mäßigungen, namentlich bei der Umsatzsteuer, durch Nach-
forderungen und erhöhte Vorauszahlungen, vor allem auf dem
Gebiete der Einkommensteuer, und letztlich der Vermögen-
steuer, besonders aber durch die Gewerbesteuer mehr
als ausgeglichen sind.“

Die künftige Regelung des Finanzausgleichs muß daher
vor allem das Ziel verfolgen, das Selbstverantwortungsge-
fühl aller Teile der öffentlichen Verwaltung zu stärken, sie zu
einer klar bewußten Sparpolitik zu veranlassen und einen Abbau der zweifellos überhöhten
Realsteuern zu ermöglichen. Das in Aussicht genommene
sogenannte Zuschlagsrecht auf die Reichseinkommen- und
Körperschaftsteuer kann grundsätzlich als geeignetes Mittel
hierfür anerkannt werden. Es kann aber Länder und Ge-
meinden nur dann aus ihrer finanzpolitischen Abhängigkeit
befreien, wenn es ihnen höhere Erträge bringt, als die jetzigen
Ueberweisungen des Reichs.“

Ungarn soll wieder Königreich werden.

Zwei Anwärter für die Krone.

4 Wien. Wie aus Wien berichtet wird, ist Erzherzog
Albrecht, der Sohn des früheren Oberkommandierenden der
österreichischen Armee, des Erzherzogs Friedrich, aus Italien
nach Wien zurückgekehrt. Erzherzog Albrecht ist einer
der Anwärter auf den ungarischen Königsthron und
gegenwärtig der einzig ernst zu nehmende Gegenkandidat
des Erzherzogs Otto, dem Sohne des früheren Kaisers Karl.

Durch die Verschiebungen, die in den Nachkriegszeiten in
der letzten Zeit auf dem Balkan eingetreten sind, und durch
das Regime Mussolini in Italien, dürfte eine Befestigung des
ungarischen Königsthrones in Italien eine wichtige, wenn
nicht ausschlaggebende Rolle spielen. Auf diesen Umstand ist
der jüngste Aufenthalt des Erzherzogs Albrecht in Rom zu-
rückzuführen, wo er sich, wie man in unterrichteten Kreisen
hört, um die Hand der jüngsten Tochter des italienischen
Königspaares bewarbt. Seitens der Eltern des Erzherzogs
sollen nunmehr entsprechende Geldmittel bereitgestellt wer-
den, um für ihren Sohn, der sich für den Namen Bela V.
entschieden hat, die ungarische Königswürde zu erlangen.

In der Tat scheint nunmehr das Ringen um den unga-
rischen Königsthron in ein Stadium zu treten, das bald zur
Entscheidung führen dürfte. Die Frage wird laut: Otto
oder Albrecht?

Der Aufenthalt der früheren Kaiserin Zita in
Paris ist zweifellos auf das Bestreben zurückzuführen, den
Weg für den Erzherzog Otto nach Budapest freizumachen,
obwohl von legitimistischer Seite in Budapest versichert wird,